



## BAYERISCHER LANDKREISTAG

Körperschaft des öffentlichen Rechts

An die bayerische Presse

Pressemitteilung  
18. August 2006

### **Präsident Zellner fürchtet erhebliche Konsequenzen für die kommunalen Krankenhäuser aus dem Tarifkompromiss mit dem Marburger Bund**

„Wir sind froh, dass der Ärztestreik an den kommunalen Krankenhäusern nun ein Ende gefunden hat. Der Preis dafür war aber hoch, für manche Krankenhäuser zu hoch, denn der Tarifabschluss mit dem Marburger Bund stellt eine erhebliche zusätzliche finanzielle Belastung für die Krankenhäuser dar.“ Mit diesen Worten fasste der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, in einer ersten Reaktion den gestern zwischen dem Verband der kommunalen Arbeitgeber und dem Marburger Bund erzielten Kompromiss im Tarifstreit mit dem Ärzten zusammen. „Die kommunalen Krankenhäuser stehen nun vor dem Problem, diese Zusatzbelastung durch harte Einsparungen im laufenden Betrieb – bis hin zu Personalstellenkürzungen – auffangen zu müssen. Ob das jedem Haus gelingen wird, ist fraglich, da viele schon in der Vergangenheit schmerzliche Rationalisierungen vornehmen mussten. Ein Eintreten der kommunalen Träger ist wegen der angespannten Haushaltslage mit Sicherheit nicht möglich.“

Präsident Theo Zellner zur Verhandlungsführung des Marburger Bundes: „Herr Montgomery konnte den Marburger Bund als Tarifpartner etablieren, allerdings treibt er einen Keil in die Belegschaft der Krankenhäuser, sowohl innerhalb der Ärzteschaft, die von Verdi oder dem Marburger Bund vertreten wird, und dem Pflege- und Verwaltungspersonal. Hier droht möglicherweise eine Entsolidarisierung in mehrfacher Hinsicht! Von Vorteil für die Stimmung an den Krankenhäusern wäre das mit Sicherheit nicht.“ Großes Lob sprach Präsident Zellner dagegen den Verhandlungsführern des Verbands der kommunalen Arbeitgeber aus, die lange Zeit die notwendige harte Linie gegenüber dem Marburger Bund vertreten hatten, sich zum Ende hin dann aber nach acht Wochen Streik doch im Sinne des Schutzes der Patienten zu diesem Kompromiss durchgerungen haben.

## **Schließung kleinerer kommunaler Krankenhäuser droht**

Präsident Zellner äußerte die Vermutung, dass der Marburger Bund mit seinen überzogenen Gehaltsforderungen den Ärzten und den Patienten insbesondere an kleineren Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung in ländlichen Gebieten einen Bärendienst erwiesen hat. Für diese Häuser stellt sich aufgrund ihres besonderen Versorgungsauftrages und der strukturellen Gegebenheiten schon heute die Existenzfrage, da sie kaum noch in das durchrationalisierte Bild des heutigen Gesundheitssystems passen. Da bei kleinen Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung, die häufig nicht mehr als 150 Betten haben, die Vorhaltekosten stärker ins Gewicht fallen als bei großen Krankenhäusern, haben sie weit weniger Möglichkeiten, Kostensteigerungen aufzufangen. Von dieser Situation sind die Mehrheit der 125 Krankenhäuser in Trägerschaft der Landkreise in Bayern mit insgesamt 21646 Planbetten betroffen. Viele der Häuser halten heute schon nicht mehr als den Mindestpersonalbestand vor, der zum Betrieb der Stationen zwingend notwendig ist. Daher wirken sich nicht nur die unmittelbaren Gehaltssteigerungen, sondern auch andere Komponenten des Tarifabschlusses mit dem Marburger Bund, etwa die neue Regelung zum Bereitschaftsdienst oder die geänderte Eingruppierung, Kosten treibend aus. Wenn die Mehrkosten nicht kompensiert werden können, droht diesen Häusern die Privatisierung, wenn nicht sogar die ersatzlose Schließung von einzelnen Standorten. Zellner hierzu: „Die Ärzte haben jetzt vielleicht mehr Geld in der Tasche, aber möglicherweise bald keinen Job mehr.“

## **Bund muss Gesundheitspolitik korrigieren**

Aus dem Tarifabschluss bei den Ärzten müsse auch die Bundespolitik Konsequenzen für ihre Eckpunkte zur Gesundheitsreform 2006 ziehen, so Präsident Zellner weiter: „Mehrwertsteuererhöhung 2007, Tarifsteigerungen auch im Pflege- und Verwaltungsbereich, deutlich gestiegene Energiekosten und jetzt noch der Abschluss bei den Ärzten sind für die kommunalen Krankenhäuser finanziell schon jetzt nicht zu schultern. Wenn nun noch der Bund mit seinen Eckpunkten daran festhält, von den Krankenhäusern zur Finanzierung des Gesundheitssystems einen Beitrag von 1,5% des Budgets zu fordern, gehen zahlreiche kommunale Krankenhäuser 2007 schlicht pleite und müssen geschlossen oder privatisiert werden. Entweder der Bund bessert hier nach oder wir machen ihn für die Konsequenzen seiner Politik für die akutstationäre Versorgung der Bevölkerung in ländlichen Regionen verantwortlich.“

**Die Presseinformationen des Bayerischen Landkreistags gibt es auch im Internet:**  
<http://www.bay-landkreistag.de>